Am 19. November 1972 wurde gewählt. Die Partei des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt erzielte mit 45,8 Prozent der Zweitstimmen ihr bisher bestes Ergebnis. Die Friedenspolitik Brandts wurde furios bestätigt. Damit wird das Ergebnis auch für die Mittel- und Ostdeutschen von Bedeutung. Es gibt mehrere Gründe für diesen Erfolg. Auf zwei weise ich hin, weil sie in der Geschichtsschreibung immer noch keine Rolle spielen. Erstens haben sich in diesem Wahlkampf Hunderttausende von Arbeitern, Hausfrauen, Studenten, Schülern, Rentnern beteiligt – durch Weitersagen, durch persönliches Bekenntnis. Zweitens wurde dieses Engagement der breiten Schichten dadurch gestützt und unterfüttert, dass Brandt und die SPD die massive Intervention des Großen Geldes zugunsten der CDU/CSU zu einem zentralen Thema des Wahlkampfs machten. Ich will Ihnen, den Leserinnen und Lesern der NachDenkSeiten, diese Intervention vorstellen. Hier finden Sie eine Dokumentation der über 100 Anzeigen, die damals alleine von Hilfsorganisationen der CDU/CSU in deutschen Zeitungen geschaltet wurden. Ein Millionen-Einsatz. Geschätzte 34 Millionen DM. **Albrecht Müller**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/221115-91-Prozent-Wahlbeteiligung-genau-vor-50-Jahren-NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Das verlinkte Dokument mit allen damals von den Hilfsorganisationen der CDU/CSU geschalteten Anzeigen ist ellenlang. Wem der Durchgang durch die vollständige Dokumentation zu mühsam ist, der findet im Anhang hier unten eine Auswahl. Schauen Sie sich bitte diesen Anhang kurz mal an, bevor Sie hier im Text weiterlesen, damit Sie verstehen, um was es hier geht.

Alle in den Anhang aufgenommenen Anzeigen finden sich selbstverständlich auch in der Gesamtdatei.

Wenn Sie ein bisschen historisch oder auch nur politisch interessiert sind, dann lohnt sich der Durchgang. Man lernt und erfährt, wie kaputt die sogenannten christlichen Parteien, die von 1949-1969 immerhin 20 Jahre lang die Geschicke der Bundesrepublik Deutschland bestimmt hatten, damals waren. Sie ließen sich ohne Scham von üblen Elementen und auf anonyme Weise unterstützen. Lassen Sie diese massive Kampagne meist anonymer Organisationen auf sich wirken. Dann werden Sie begreifen, welche antidemokratische Substanz in der damaligen CDU und CSU steckten. Die Machtgier war rücksichtslos. Und

das Geld jener, die die Union steuerten, floss ungehindert und quasi unbegrenzt; keine und keiner der CDU/CSU-Granden intervenierte gegen diese Machenschaften. Keine! Weizsäcker nicht und Biedenkopf nicht und Geißler sowieso nicht. Lauter charakterlose Typen. Oder ohne Mut.

Es war Willy Brandt und uns, den für die Wahlkampfplanung Zuständigen in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der SPD und den bei der Agentur ARE Verantwortlichen, zu verdanken, dass das Große Geld und seine Intervention in diesem Wahlkampf zu einem eigenen großen Thema gemacht worden ist und damit entschärft und sogar umgedreht worden ist, wie beim Judo: zur Waffe gegen die Konservativen und ihre Hintermänner.

Als ich am Samstag, den 8. Juli 1972, ein Gespräch mit Willy Brandt über die Planung des Wahlkampfs hatte, habe ich ihn darauf hingewiesen, dass CDU und CSU die Intervention anonymer Hintergrundorganisationen des Großen Geldes im baden-württembergischen Landtagswahlkampf im April 1972 getestet hatten und dass wir Ähnliches im Bundestagswahlkampf wieder zu erwarten hätten. Ich schlug vor, anders als die SPD in Baden-Württemberg diese Intervention nicht zu verschweigen, sondern offensiv zum Thema zu machen. Willy Brandt stimmte dem zu und war dann im Wahlkampf der eigentliche Träger dieser Kampagne.

Er war damit ziemlich allein in der SPD-Führung. Außer ihm und dem Bundesgeschäftsführer Holger Börner hat keine und keiner der anderen Führungspersonen diese entscheidende Kampagne der SPD voll, selbstbewusst und aus innerer Überzeugung mitgetragen. Helmut Schmidt hat mich dann später, als er Bundeskanzler und mein Chef war, einige Male und mit kritischem Unterton darauf hingewiesen, wir hätten mit dieser Kampagne gegen das Große Geld das Verhältnis der SPD zur Wirtschaft beschädigt. Dies nur zur Schilderung der Konstellation und zur Begründung meiner großen Bewunderung für Willy Brandt.

In den meisten historischen oder sonstigen Darstellungen des damaligen Wahlkampfes taucht die Anzeigenkampagne der Hilfstruppen der CDU und CSU nicht auf. So ist unsere Geschichtsschreibung. Wenn die Historiker die politischen Einflussversuche der Reichen und Superreichen beschreiben würden und sie damit in ein grelles und anti-demokratisches Licht rücken würden, wenn die Wahrheit den reichen Leuten weh täte, dann unterbleibt das.

In der deutschen Geschichtsschreibung spielten und spielen die beiden entscheidenden Gründe für den 1972er Wahlsieg der SPD und die Besonderheit jenes Wahlkampfs keine große Rolle. Der erste große Grund für den Wahlsieg, die Teilnahme und das Engagement

von Millionen von Menschen am Wahlkampf, ihre Bereitschaft, mit anderen Menschen am Arbeitsplatz und in der Bahn zu reden, ihr Bekenntnis mit dem Tragen von Buttons und der Verzierung ihrer Pkws mit Aufklebern, wird da und dort noch in der Geschichtsschreibung erwähnt, wenigstens als Fußnote. – Die zweite wichtige Erscheinung jenes Wahlkampfes, die Intervention des Großen Geldes und die Thematisierung dieses Vorgangs durch die wahlkämpfende SPD und damit ein zentraler Grund für das SPD-Wahlergebnis, spielt in der Geschichtsschreibung keine Rolle. Die Geschichtsschreibung ist wie so oft Klassengeschichtsschreibung.

Einige einschlägige historische Werke habe ich danach durchgeprüft. In einem tauchten die Anzeigen auf, die der im Sommer 1972 aus der SPD ausgeschiedene frühere Wirtschaftsminister Karl Schiller mit Ludwig Erhard von der CDU hat in die Zeitungen rücken lassen. Das war alles. Bei Wikipedia steht nichts zur Kampagne des Großen Geldes. Bei LEMO, dem Lebendigen Museum Online, auch nichts. Beim Tagesspiegel eine rundum abstruse Beschreibung der Gründe für den Erfolg der SPD.

Einer, der die wichtigen Gründe für den Wahlerfolg der SPD und die hohe Wahlbeteiligung gut und ausführlich beschreibt, ist Werner Perger in der „Zeit“. Hier sind Teile seines Artikels vom 10. August 2013 wiedergegeben:

> **Wahlkampf 1972: Die Mutter aller Wahlschlachten**
>
> So aufgeladen wie vor 41 Jahren war die politische Stimmung nie. Am Ende landete Willy Brandts SPD einen Sensationssieg, von dem sie noch heute träumt. Von Werner Perger
>
> Von **Werner A. Perger**
>
> Ein Jahr wie dieses hat es in der innenpolitischen Geschichte der Bundesrepublik vorher und danach nicht mehr gegeben: das Wahljahr 1972. …
>
> So wurde 1972 zu einer Achterbahn der Ereignisse und Emotionen. Der politische Höllenritt begann mit dem gescheiterten Misstrauensvotum der CDU/CSU gegen Brandt am 27. April. …
>
> Die Folge: vorzeitige Auflösung des Bundestags, Neuwahlen und Streit innerhalb der Regierung, der zum spektakulären Rück- und Parteiaustritt des populären SPD-Wirtschafts- und Finanzministers Karl Schiller führte. Er, damals ein “Superstar” der deutschen Politik, kritisierte kurz darauf in gemeinsamen

Anzeigen mit dem CDU-Veteran Ludwig Erhard, dem legendären “Vater des Wirtschaftswunders”, die Regierung. Ein Alptraum für die Koalition. …

Im Sommer folgte der palästinensische Anschlag auf die israelische Olympia-Mannschaft in München. Drei Wochen vor der Wahl entführte schließlich ein PLO-Kommando eine Passagiermaschine der Lufthansa. Die Kidnapper forderten die Freilassung jener drei Attentäter, die den katastrophal gescheiterten Versuch, die israelischen Geiseln auf dem Flugplatz von Fürstenfeldbruck zu befreien, überlebt hatten. Die Bundesregierung gab nach. War die Wahl damit gelaufen?

Unerwarteter Erfolg

Am 19. November erreichten die Sozialdemokraten, entgegen den Erwartungen, mit 45,8 Prozent der Zweitstimmen das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte. Sie stellten zum ersten Mal die stärkste Fraktion im Bundestag. Die damals noch linksliberale FDP hatte sich mit 8,4 Prozent stabilisiert. …

Die CDU mit ihrem Kanzlerkandidaten Rainer Barzel, der sich schon im Kanzleramt gewähnt hatte, war demoralisiert, zusammen mit ihren Partnern aus Wirtschaft und Industrie, die der Union mit enormem finanziellen Aufwand im Wahlkampf zur Seite gestanden hatten. So kam dieses *annus mirabilis* zu einem überraschenden Abschluss. …

Sensationell war vor allem die Basis der abrupten Machtverschiebung: die Wahlbeteiligung von einmaligen 91,1 Prozent. Der Historiker Karl-Dietrich Bracher sprach von einem Plebiszit. Ein CSU-Politiker in München verglich im ersten Schrecken die hohe Beteiligungsquote mit den undemokratischen Verhältnissen der DDR. Und die Allensbacher Strategin Elisabeth Noelle-Neumann, die demoskopische Grande Dame im Freundeskreis der Union, schrieb später in einem Rückblick auf dieses politische Erdbeben: “Mit 1972 wird sich so bald kein Wahlkampf mehr vergleichen lassen.”

In der Tat: Die Kampagne 1972 war die Mutter aller Wahlkämpfe. Verglichen damit erleben wir in diesem Jahr einen veritablen Sommerschlaf. (Gemeint ist das Jahr 2013 und die damalige Bundestagswahl; der Verfasser) Parallelen könnte es allenfalls in einem geben: Im Sommer 1972 hätte kaum jemand auf einen Sieg der SPD gesetzt, geschweige denn auf einen Erfolg in dieser Dimension. Brandt und seine Koalition standen mit dem Rücken zur Wand, ihre

Gegner gerierten sich, als ginge es um die Rettung des Abendlandes. Der Kanzler und seine Regierung des ostpolitischen “Ausverkaufs” und der Verträge mit Warschau, Moskau und des Grundlagenvertrags mit der DDR, die zudem unter “sozialistischer” Führung Arbeitsmarktimpulsen Vorrang vor Inflationsbekämpfung gab und mit neuen Visionen von “Lebensqualität” und “Umweltschutz” den Menschen den Kopf verdrehte, sollte weg.

Starke Polarisierung, massive Mobilisierung

Für diesen Kreuzzug hatte die Union potente Verbündete angeworben. Bald nach Auflösung des Bundestags schossen überall im Lande Bürger- und Wählerinitiativen mit anonymen Postfachadressen aus dem Boden. Sie sammelten Millionen ein, mit denen sie Anzeigen und Plakate finanzierten, auf denen vor einem Wahlsieg von Rot-Gelb gewarnt wurde. (Gefettet vom Verfasser)

Dagegen stellte die SPD zunächst nur Plakate mit einem Schnappschuss-Foto Brandts und dem sperrigen Slogan: “Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen.” So lag die CDU/CSU im September 1972 in den Umfragen schließlich bei 51 Prozent, die SPD bei 41.

Zum Auftakt des Wahlkampffinales im Herbst geschah jedoch etwas Unerwartetes, das den Unterschied zu allen anderen Wahlen markieren sollte, vor allem zum bisherigen Verlauf des Wahlkampfs 2013: **Das Volk kam in Bewegung, die Bürger wurden politisiert und begannen sich, für die erbittert geführte Auseinandersetzung zu interessieren**. (Gefettet vom Verfasser)

Die Stimmung im Land war auf einmal politisch extrem aufgeladen, wie man es heute gar nicht mehr kennt. Parteiversammlungen hatten ungeahnten Zulauf, die Wahlredner füllten große Plätze und Hallen. Politiksendungen im Fernsehen wurden zum Gesprächsthema am Arbeitsplatz und am Stammtisch, Flugblattverteilen auf Straßen und Plätzen wurde selbstverständlich, ebenso wie Hausbesuche von Wahlhelfern nach amerikanischem Muster. Durchs Land schwappte eine Welle von Aufklebern und Bekenntnis-Buttons mit der eingängigen Botschaft “Willy wählen”. (Gefettet vom Verfasser)

Das Ausmaß der Mobilisierung war ungewöhnlich, das hat es in dieser Form nie

> wieder gegeben. Und auffallend war auch und besonders die Asymmetrie: Die Aufmerksamkeit und das Engagement konzentrierten sich auf die SPD und deren Spitzenkandidaten. In ihrem Sog bekam auch die FDP als Partner in ihrem Überlebenskampf einen Sympathieanteil ab. Die Idee des Stimmensplitting – damals: Erststimme für den lokalen SPD-Kandidaten, Zweitstimme für die FDP als Überlebenshilfe – wurde seinerzeit geboren. Ohne diese Leihstimmen hätte die SPD 1972 womöglich sogar die absolute Merheit im Bundestag gewonnen, denn bei den Erststimmen bekam sie sensationelle 48,9 Prozent. …

Soweit Werner Perger. Er hat auf beide wichtige Elemente – die Mobilisierung vieler Menschen und das Offenlegen der Intervention des Großen Geldes – hingewiesen. Bei diesem Autor ist das allerdings kein Wunder. Er hat das Geschehen in Bonn als Redakteur der Wiener Presse intensiv verfolgt und war immer gut informiert wie wenige deutsche Journalisten und Journalistinnen.

Die Anzeigen spielten auch in der letzten Fernsehdiskussion, der sogenannten Elefantenrunde, eine Rolle.



Einschaltquoten wie beim Fußball.

F.J.Strauß saß mit am Tisch. Das war wichtig.

Erst seit 1969 sind die gemeinsamen Auftritte der Spitzenpolitiker im Fernsehen fester Bestandteil eines Wahlkampfes. 1972 fanden drei Diskussionsrunden der Spitzenkandidaten statt und dann noch eine Fernsehdiskussion, die auf SPD-Seite Helmut Schmidt bestritt.

Die erste Spitzenrunde wurde am 18. Oktober

Diese Diskussion fand genau vor 50 Jahren, also am 15. November 1972 statt. An diesem Tag war die Bild-Zeitung mit 8 Anzeigen erschienen. Sie füllten eine Fläche von 3 3/4 Seiten. Geschätzter Preis: 450.000 DM.

Willy Brandt hat die Chance genutzt, in dieser Runde vor einem Millionenpublikum auf diese Intervention des Großen Geldes hinzuweisen. Das saß und mobilisierte in den letzten 3 Tagen noch einmal Millionen Menschen, die sich im Wahlkampf 1972 wie nie zuvor und

nie danach politisch engagiert hatten.

Ist dies, was ich hier geschildert und mit den vielen Anzeigen belegt habe, von irgendwelcher Relevanz für heute?

Diese Frage werden viele Leserinnen und Leser stellen. Aus meiner Sicht ja, auch wenn es schwierig ist. Es ist relevant, es ist sogar superrelevant, weil es in Deutschland angesichts der eingefahrenen Strukturen bei den Medien gar keinen politischen Wechsel mehr geben wird, wenn nicht das Volk mobilisiert wird. Die Verhältnisse sind ja keinesfalls besser als damals. Wir haben eine extreme Konzentration der Medienmacht bei großen Verlegern. Sie beherrschen Zeitungen, Zeitschriften und oft auch noch den privaten Hörfunk und das private Fernsehen. Und die öffentlich-rechtlichen Medien sind über weite Strecken ihrer kritischen Kraft beraubt, über weite Strecken gleichgerichtet und letztlich eng mit den privaten Printmedien verbunden.

Wenn sich in dieser eigentlich ausweglosen Situation eine neue politische Kraft zusammenfinden sollte oder wenn sich gar eine alte politische Kraft wie die SPD ihrer erfolgreichen Vergangenheit besinnen würde, dann kann diese Kraft nur darauf zählen, Menschen zu mobilisieren und als Multiplikatoren wirken zu lassen. Mit den Medien wird es nicht gelingen – vielleicht mit kleinen Ausnahmen. Aber wir sehen ja, dass selbst so ein Medium wie die taz sich schon nicht mehr gegen die Mehrheitsmeinung stellt, Frankfurter Rundschau, die Süddeutsche Zeitung, der Spiegel, der Stern sowieso nicht. Im Gegenteil. Sie sind Teil der großen Mediensauce.

Also bleibt einer neuen politischen Bewegung, so es diese geben sollte, – oder einer wachgeküssten alten politischen Bewegung – einzig und allein der Versuch, Hunderttausende von Menschen zu mobilisieren. Wie 1972. Ob es diese Chance noch gibt, weiß ich nicht. Aber der Versuch sollte gemacht werden. Was bleibt uns sonst denn noch anderes übrig in dieser irren Zeit?

Anhang

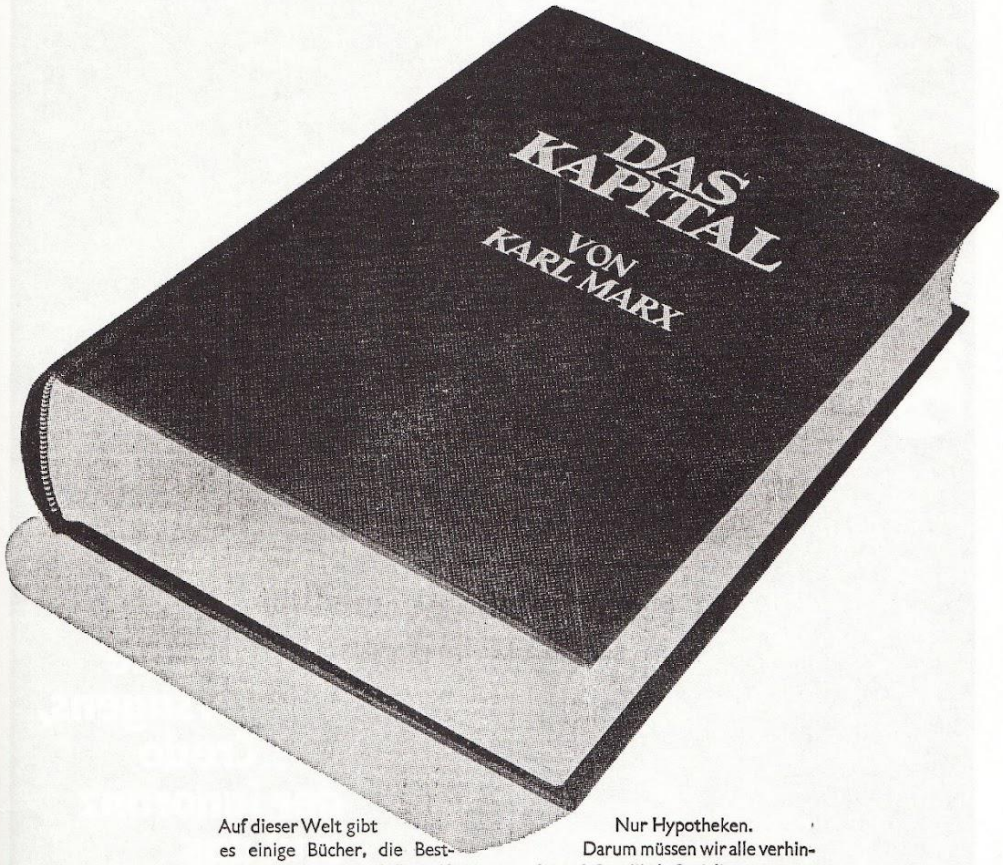
Eine Auswahl von Anzeigen des Großen Geldes im Bundestagswahlkampf 1972

Dok. II. 5.1.5
Erschienen am 6. /8. /15. November
Format: 30%
Kosten: 360.000 DM

DIE WELT
8. Nov. 1972

2-304

Kapital ohne Zinsen.



Auf dieser Welt gibt es einige Bücher, die Bestseller geworden sind. Das „Kapital“ von Marx gehört dazu. Es hat dazu beigetragen, blühende Wirtschaftssysteme zu zerstören. Das „Kapital“ hat keine Zinsen gebracht.

Nur Hypotheken.

Darum müssen wir alle verhindern, daß radikale Sozialisten unsere Zukunft vernichten.

Wir alle müssen erhalten, was uns den Wohlstand brachte: die Soziale Marktwirtschaft.

SOZIALE MARKT-WIRTSCHAFT — **DIE KRAFT FÜR DEN FORTSCHRITT**

Arbeitskreis Soziale Marktwirtschaft, 8 München 40, Tengstr. 45

53

Dok. 11. 5.2
Erschienen am 28./29. September
Format: 3/5
Kosten: 700.000 DM

2-304

RHEINISCHE POST
28. Sep. 1972

Aktion Kanzler-Test

Am Tag der Vertrauensfrage: Willy Brandt



Mit einem Feuerwerk von Versprechungen trat der neue Kanzler Brandt vor das deutsche Volk. Hoffnung, millionenfache Hoffnung!

Das war 1969. Was wurde in drei Brandt-Jahren tatsächlich erreicht? Urteilen Sie selbst. Machen Sie den aktuellen Kanzler-Test – kreuzen Sie an, was Brandt erfüllt hat und was nicht.

Im Vertrauenstest des Bundestages ist Brandt schon durchgefallen. Und bei Ihnen?

Es gibt nur eine Konsequenz: bei der Bundestagswahl nur CDU/CSU ankreuzen – es bleibt uns allen keine andere Wahl!

INITIATIVE MÜNDIGER BÜRGER
3 Hannover, Hildesheimer Str. 119

W. Brandt hat	erfüllt	nicht erfüllt
1. Maßnahmen gegen Preissteigerungen	◯	◯
2. Senkung der Steuern	◯	◯
3. Verhinderung des Linksradikalismus	◯	◯
4. Eindämmung der Gewaltverbrechen	◯	◯
5. Schutz der Sparer und Bausparer vor Geldentwertung	◯	◯
6. Mehr soziale Gerechtigkeit für Rentner	◯	◯
7. Solide Finanzpolitik der Regierung	◯	◯
8. Erfolgreiche Regierungsführung	◯	◯
9. Stabile und fähige Regierungsmannschaft	◯	◯
10. Freizügigkeit auch für die Deutschen jenseits der Mauer	◯	◯
11. Unterbindung des Rauschgifthandels	◯	◯
12. Mehr Vermögensbildung für Arbeitnehmer	◯	◯
Ziehen Sie Ihre politische Bilanz (Anzahl Kreuze)	erfüllt	nicht erfüllt

Der Kanzler der SPD/FDP-Regierung hat bei

12 erfüllten Punkten = gut regiert
5 - 11 erfüllten Punkten = enttäuscht
0 - 4 erfüllten Punkten = versagt

58

Dok. II. 5.1.6
Erschienen am 1o./17. November
Format: 3o%
Kosten: 36o.ooo DM

Frankfurter Allgemeine
10. Nov. 1972
ANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

2-3a4

Dies ist eine Anzeige des Arbeitskreises Soziale Marktwirtschaft 8 München 13, Tengstr. 45



"Sozialismus ist die Philosophie des Versagens, das Credo der Ignoranz und das Glaubensbekenntnis des Neids."

Winston Churchill

In der Bundesrepublik sind wir in 23 fetten Jahren mit der Sozialen Marktwirtschaft gut gefahren. Radikale Sozialisten wollen dieses sicherste und freieste Wirtschaftssystem der Welt abbauen. Wir alle müssen das verhindern.

Dok. II. 5.3.1
Erschienen am 7. Oktober
Format: 1/2
Kosten: 700.000 DM

Rheinische Post, 7. Oktober 1972
2-3a.4 (H)

Wir erklären
ZUR SACHE (I)

Ludwig Erhard
Karl Schiller



Wir waren nicht immer derselben Meinung

Da gab es Zeiten mit Differenzen. Und es gab Zeiten mit Differenzierungen. Doch heute stimmen wir in den entscheidenden Grundfragen der Wirtschaftspolitik überein. Jetzt geht es nämlich um das Grundsätzliche. Es geht um die Marktwirtschaft. Da kann es nichts Trennendes geben. Unabhängig und über Parteigrenzen hinweg erklären wir: Wir sind beide in Sorge um die Marktwirtschaft. In Sorge um eine festgefügte Ordnung, ohne die eine fortschrittliche Gesellschaft nicht denkbar ist. Eine Ordnung für ein Leben in Freiheit, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit.
Diese Ordnung muß erhalten und ausgebaut werden. Gegen die Zweifler, gegen die Kleinmütigen. Und gegen die falschen Propheten.
Wir sind für Marktwirtschaft. Dafür treten wir ein. Hier und heute. Und morgen.

Für Freiheit und Stabilität

Prof. Dr. Ludwig Erhard Prof. Dr. Karl Schiller
Bonn, den 7. Oktober 1972
Bitte schreiben Sie uns: 53 Bonn 12, Postfach 120153

Dok. II. 5.3.2
Erschienen am 16. Oktober
Format: 1/2
Kosten: 700.000 DM

Frankfurter Rundschau
16. Oktober 197.

Wir erklären
ZUR SACHE (II)

Ludwig Erhard
Karl Schiller



Unsere Marktwirtschaft: Wohlstand für alle!

Wir waren in Fragen der Marktwirtschaft politisch aktiv – beide. Wir wollen für die Marktwirtschaft politisch aktiv bleiben – beide.
Unabhängig und über alle Parteigrenzen hinweg fordern wir:
Die Ordnung erhalten und ausbauen. Die Ordnung, die uns den Wohlstand gebracht hat. Soziale Marktwirtschaft gibt es bei uns seit 1948. Erhard hat sie eingeführt. Schiller hat sie fortgesetzt.
In diesen 24 Jahren sind wir zu Wohlstand gelangt. In diesen 24 Jahren haben wir uns die Freiheit bewahrt.
Nur auf diesem Fundament haben wir die Vollbeschäftigung erreicht und gesichert.

Wer heute von möglicher Arbeitslosigkeit spricht, hat die Lebensgesetze unserer Wirtschaftsordnung nicht verstanden. Und auch nicht die Ziele und Mittel einer konsequenten Stabilitätspolitik!
Keine Ordnung sichert jedem ●den Ertrag seiner Arbeit ●den Ertrag seines eigenen Fleißes ●den Ertrag seines Zukunftsstrebens – so gut wie die Marktwirtschaft!
Unsere Marktwirtschaft muß erhalten und ausgebaut werden. Gegen die Zweifler, gegen die Kleinmütigen. Und gegen die falschen Propheten.
Wir sind für die Marktwirtschaft!
Dafür treten wir ein. Hier und heute. Und morgen.

Für Freiheit und Stabilität.

Prof. Dr. Ludwig Erhard Prof. Dr. Karl Schiller
Bonn, den 16. Oktober 1972
Bitte schreiben Sie uns: 53 Bonn 12, Postfach 120153

59

Dok. II. 5.4.1
Erschienen vom 18. Oktober bis 1. November
Format: 90 bzw. 100 mm
Kosten: 50.000 DM

RHEINISCHE POST 18.10.72.

Anzeige

BONN BLITZ

Bitte, telegrafieren Sie Herr Schmidt!

Fabelhaft — dieser Schmidt! Kaum 15 Wochen im Doppel-Amt Wirtschaft/Finanzen und schon der 1. SPD-Rekord: Die Preise stiegen bis Mitte September gegenüber 1971 um 6,2%! Erstmalig seit Kriegsende soviel! Wo bleibt der Juso-Tusch? Als 1966 die Preise um nur 2,7% stiegen, telegrafierte der DGB an Erhard: »Preislawine überrollt Ersparnisse und Löhne! Handeln Sie!« Jetzt spart der DGB die Telegrammgebühren. Verständlich: Sie stiegen unter Leber, auch SPD, um 66,6%.

Bürgerinitiative Aktion der Mitte Bonn, Neustraße 21

RHEINISCHE POST 19.10.72.

Anzeige

BONN BLITZ

Ein Zwerg droht der SPD

Die FDP, Koalitionszwerg von Bonn, reckt sich zum liberalen Riesen auf: Wir werden die Steuergier der SPD zügeln! Den Sozialismus mit Enteignungen und Gleichmacherei verhindern!

Frage: Warum hat die FDP im Kabinett und im Parlament drei Jahre geschwiegen?

Wer diesmal FDP wählt, wählt SPD!

Die Partei, die mit Hilfe der FDP den Mittelstand durch Steuern aushöhlt. Liberale FDP?

Nein — Trittbrettfahrer der SPD!

Bürgerinitiative Aktion der Mitte Bonn, Neustraße 21

Ruhr-Nachrichten 20.10.72.

— Anzeige —

BONN BLITZ

Brandt an der Zonengrenze!

Der Kanzler kritisierte gestern an der Zonengrenze die neuen automatischen Tötungsanlagen auf der DDR-Seite. ‚Verträge können wir nur mit einer Regierung schließen, die unsere Landsleute ohne Mordandrohung frei reisen läßt!', rief Brandt empört. —

Diese ‚Meldung' ist keine. Brandt war nicht an der Zonengrenze, wird wohl nie dort sein. Denn dort ist kein sozialistisches Traumland, sondern bittere deutsche Wirklichkeit.

Bürgerinitiative Aktion der Mitte Bonn, Neustraße 21

RHEINISCHE POST 21.10.72.

Anzeige

BONN BLITZ

Hurra! Steffen hat den Dieb!

Hausfrauen, bitte aufatmen!

Eppler/Schmidt (SPD-Minister) und Jochen Steffen (Kieler Ehren-Juso) wissen, warum die Preise steigen: Der Vietnam-Krieg ist schuld.

Da sind schwedens Sozialisten kühner: Sie schieben Umweltschmutz, Arbeitslosigkeit, Rauschgiftsucht den Vietnamesen in die Schuhe.

Wie wär's, wenn Deutschlands Sozialisten mit Staatsspleite, Extremisten-Terror, Reformträgheit, Kriminalität, Geldentwertung und Kanzlers Führungsschwäche nachstoßen?

Bürgerinitiative Aktion der Mitte Bonn, Neustraße 21

RHEINISCHE POST 23.10.72.

Anzeige

BONN BLITZ

Spiel mir das Lied vom Sozialismus!

Sozialismus 72: Man nehme härteste Steuergesetze, lasse die Betriebe dadurch gut ausbluten. Dann dem Staat die Leitung übertragen. Nach und nach Funktionäre einschleusen. Den Betrieb **„sozialisieren" = verstaatlichen,** der Belegschaft als „Sozialgeschenk" servieren.

Aber: „Sozialisierter Betrieb", das heißt genormte Löhne, kein Streikrecht, kein Weihnachtsgeld, keine Betriebsräte.

Nicht sozial — aber sozialistisch.

Bürgerinitiative Aktion der Mitte Bonn, Neustraße 21

Ruhr-Nachrichten 24.10.72.

— Anzeige —

BONN BLITZ

Frieden? Ja – aber ohne Sekt und schöne Reden!

Seit wir die Ostverträge haben, wissen wir vor lauter Frieden nicht mehr aus und ein.

Schüsse an Mauer und Zonengrenze. Bombenanschläge gegen Bürger und Betriebe. Meuchelmord an israelischen Sportlern. Mord, Überfälle, Rauschgiftelend, Rockerterror.

Frieden? — Ja, den ersehnen wir. Aber nicht nur auf dem Papier. Mit schönen Unterschriften, Sekt und Reden. Notwendiger ist er am Arbeitsplatz, in der Familie, auf der Straße, an den Unis.

Innerer Frieden?

Nicht mit der SPD, die dem Volk mit Klassenkampf von Anno dünnemals droht!

Bürgerinitiative Aktion der Mitte Bonn, Neustraße 21

BILD-ZEITUNG 25. Okt. 1972

BONN BLITZ

Menschlichkeit vor der Wahl

Es war einmal ein „Staat". Der hieß „DDR". Viele Jahre hielt er, schließlich ist er eine Diktatur, politische Gefangene fest. Dann kam die Bonner Wahl, und einige weren unter dem Jubel des hiesigen Kanzlers — plötzlich frei.

Viele Jahre ließ derselbe Staat 25 Frauen nicht zu ihren Verlobten in den Westen reisen. Es fügte sich, daß sich die rote Menschlichkeit just wieder vor der Bonner Wahl regte ...

Und der Grundvertrag? Schwierig, schwierig, sagt Bahr. Wartet nur bolde, am Vorabend der Wahl wird unterzeichnet, was vor Monaten schon mit Breschnew auf der Krim abgesprochen war. „Menschlichkeit" als Wahlhilfe.

Arme Genossen!

Bürgerinitiative Aktion der Mitte Bonn, Neustraße 21

RHEINISCHE POST 26.10.72.

— Anzeige —

BONN BLITZ

Die Liberalen verlieren ihre Illusionen!

Den letzten Liberalen hat es gedämmert: Wer FDP wählt, wählt SPD. Rund 4% ihrer früheren Wähler verlor die FDP bei den Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen. 4% ihrer Wähler — und ein Vielfaches an Vertrauen!

Wer hat denn noch Vertrauen zu einer Partei, die drei Jahre in der linken Regierung zu den Steuer- und Sozialisierungsplänen der SPD schwieg? Die es hinnehmen will, daß die SPD sogar von mittleren Betrieben bis zu 80% Steuern fordert und sie damit zwingt, von der Substanz zu leben.

F-D-P? Diese Partei ist, seit sie sich den Sozialisten anbiedert, nicht mehr frei. Und, wenn sie dem verhängnisvollen Scheel-Kurs folgt, keine 5-%-Partei mehr.

Wer liberal denkt, läßt die FDP links liegen. Liberale wählen diesmal CDU oder CSU.

Bürgerinitiative Aktion der Mitte Bonn, Neustraße 21

RHEINISCHE POST 27.10.72.

Anzeige

BONN BLITZ

Strauß, der Preisbremser, muß her!

Die Linken hatten uns nimmermüde ein Zerrbild vor: Strauß, der bullige Bayer, der harte Willensmensch, der durchgreifen will, um jeden Preis!

Um jeden Preis? Hoffentlich!

Um 6,2% stiegen unsere Lebenshaltungskosten, aber beim Staat wird Strauß zuerst ansetzen müssen: Briefe = 33,3% teurer; Postkarten = 50% teurer; Drucksache = 150% teurer; Telefongebühren = 46,8% teurer.

Zahlenklappermüdchen Schmidt kann uns nicht mehr helfen. Strauß, der Preisbremser, muß her!

Bürgerinitiative Aktion der Mitte Bonn, Neustraße 21

General-Anzeiger 28.10.72.

— ANZEIGE —

BONN BLITZ

Nicht im Spiegel:

Auf eine Viertelmilliarde DM schätzt CSU-Chef Strauß die Steuergelder, die von der SPD-Regierung für eigene Wahlwerbung ausgegeben wurden. Aber das sind nicht alle Riesensummen, die der Inflationsregierung am 19. November wieder auf die Beine helfen sollen.

Der Gewerkschaftsbund der SPD, der DGB, griff in sein Milliarden-Vermögen und finanzierte einen parteipolitisch einseitigen Wahlaufruf zugunsten der SPD. Und angeblich private ‚Wähleriniativen haben sich gleich ungeniert in den Geschäftsstellen der SPD etabliert.

Steuergelder und Arbeitergroschen werden ohne Legitimation der Einzahler für die Interessen einer autoritären Partei eingesetzt, die diesen Staat und seine Gelder schon wie sozialistisches Eigentum behandelt.

Proteste gegen die Griffe in des Bürgers Tasche? Von Jusos, Edel-Sozialisten, SPIEGEL? Keine Sorge: Auf dem linken Auge sind sie alle blind. Auch wenn es, wie immer bei Sozialisten, auf Kosten des Volkes geht.

Bürgerinitiative Aktion der Mitte Bonn, Neustraße 21

General-Anzeiger 30.10.72.

— ANZEIGE —

BONN BLITZ

Marx und Murks

Adieu, FDP! In Freiburg schworen die Restdemokraten: Koalition nur mit der SPD! Aber niemals die Marx- und Murks-Wirtschaft, die Steuer- und Sozialisierungspläne der Sozialisten!

Ein bißchen sozialistisch gibt es nicht. Linke Koalition heißt ideologische Verbrüderung. Totale Abhängigkeit von Störkern heißt kuschen, wenn man seine Ministerbezüge nicht verlieren will.

Adieu ‚Freie Demokraten'! Diesmal hat der Wähler nur die Wahl zwischen CDU und SPD — die Wahl zwischen Demokratie und Sozialismus.

Bürgerinitiative Aktion der Mitte Bonn, Neustraße 21

General-Anzeiger 31.10.72.

— ANZEIGE —

BONN BLITZ

Honorar für Mahler

Eltern können nichts für die politischen Unarten ihrer Kinder. Aber sie können ihnen die richtigen Anwälte geben.

Apo-Anwalt Mahler, in Berlin angeklagt, verteidigte im Juni 1968 den Studenten Peter Willy Brandt, Sohn des deutschen Bundeskanzlers. Vater Brandt hatte den Republikfeind Mahler — laut Anklage Umstürzler, Bankräuber und Bandenchef — selbst bestellt.

Der Kanzler bestimmte einen Linksradikalen zum Verteidiger seines Sohnes und verkündet seinen Volk gleichzeitig erbitterten Kampf gegen politisch Radikale.

Kanzler der Radikalen? Nicht doch! Kanzler der interessanten Widersprüche.

Bürgerinitiative Aktion der Mitte Bonn, Neustraße 21

Ruhr-Nachrichten 1. Nov. 1972

— Anzeige —

BONN BLITZ

Nobler Schachzug

Polit-Sänger Degenhardt auf die Frage eines Interviewers der Stuttgarter Nachrichten, ob die Nobelpreise für Brandt und Böll die Wahl beeinflussen könnten, stolz und wörtlich:

Ich hoffe es sehr. Das war ein sehr geschickter Schachzug der internationalen Sozialdemokratie. Und das ist auch völlig legitim. Ich glaube und hoffe, daß sich das auswirkt.'

So deutlich wagte es bisher niemand auszusprechen. Aber die Sozialisten werden sich in der Internationale schon am besten auskennen.

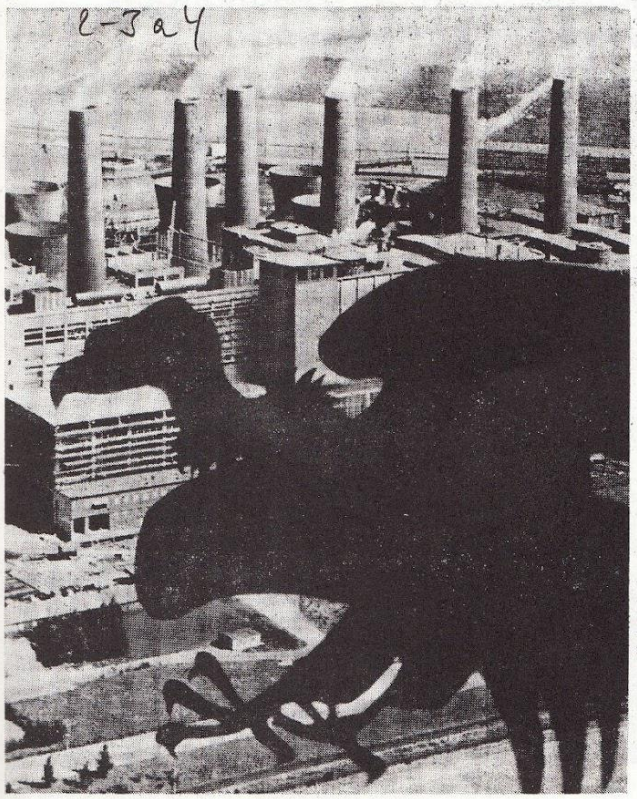
Bürgerinitiative Aktion der Mitte Bonn, Neustraße 21

64

Dok. II. 5.8.1
Erschienen am 6./7. November
Format: 30%
Kosten: 360.000 DM

Anzeige BILD-ZEITUNG 7. Nov. 1972

Der Sozialisierungs-Geier.



Maßgebende SPD-Führer und ihre Jusos machen kein Geheimnis mehr aus ihren Plänen: Durch Steuer-Mehrbelastungen bis zur Unerträglichkeit sollen die großen Betriebe sozialisiert werden.

Durch Steuerzwänge – das heißt: der Sozialisierungs-Geier wird zum Pleite-Geier für die deutsche Wirtschaft.

Nur für die Wirtschaft? Für uns alle! Denn wir mühen uns mehr und mehr nur noch für den Staat ab:

- Vier Monate im Jahr arbeiten wir schon jetzt für Steuern und Sozialabgaben.
- Die deutsche Wirtschaft ist schon jetzt eine der höchstbesteuerten in Europa.
- Selbständige werden schon jetzt so besteuert, daß ihnen die Lust an der Selbständigkeit vergeht.

Nun will die SPD – voran wie immer die Jusos – noch mehr Steuern aus uns herausholen. Etwa um den Staat sozialer zu machen? Nein: über die Steuerschraube werden die Betriebe enteignet, verstaatlicht – „sozialisiert"!

Und die FDP? Sie bremst diese rasante Fahrt in den Sozialismus nicht. Die wenigen Besonnenen in ihr sind zu schwach.

Der SPD ins rote Stammbuch geschrieben:

1. Durch Steuern ausblutende Unternehmen können nicht mehr investieren. Das heißt: sie sind auf dem Welt- und Binnenmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig. Arbeitsplätze sind gefährdet. Neue können nicht finanziert werden. Der Dumme ist der Arbeitnehmer mit seiner Familie.
2. Der Staat, so meinen SPD und Jusos, kann die sozialisierten Betriebe schlucken. Dieser Staat als Unternehmer? Sollen zu den Milliarden-Defiziten von Bahn und Post neue unübersehbare Schuldenberge hinzukommen, die doch wieder wir alle bezahlen müssen?

Wir fragen: Wo geht es den Menschen besser? Wo leben Sie freier? Wo die Wirtschaft frei planen, produzieren und verkaufen darf – wie jetzt noch bei uns? Oder in sozialistischen Ländern, wo eine Partei und ihre Funktionäre die Wirtschaft dirigieren und zerrütten?

Denken Sie nach, bevor Sie auf das SPD-Windei „Sozialisierung" setzen.



Steuer-Notgemeinschaft,
53 Bonn, Schumannstraße 14

Informations-Gutschein.

Wenn Sie mehr wissen wollen über das Thema „Enteignung durch Steuern" und was damit auf Sie zukommt, schreiben Sie an die Studiengesellschaft für Eigentumsfragen e.V., 53 Bonn, Schumannstraße 14.

Wir senden Ihnen aus einer begrenzten Auflage gern ein Exemplar zu.

Absender:

Name _____

Adresse _____

_____

75

Dok. II. 5.4.4
Erschienen am 27. Oktober
Format: 250 mm lang
Kosten: 40.000 DM



NRW 40.0002-3a4 (H)

Bitte

entscheiden Sie sich für Freiheit – gegen Sozialismus!

Welche Hilfstruppen hat die SPD? Nicht nur den DGB. Sie nimmt auch das Geld der Unternehmer, wenn sie es bekommt. Ein Bettelbrief des SPD-Schatzmeisters Alfred Nau beweist es.

■

Die SPD unterhält auch eine Wählerinitiative, deren Büros mit SPD-Geschäftsstellen identisch sind.

■

Zur Unterstützung der CDU/CSU haben sich auch spontan Wählerinitiativen gebildet, die verhindern wollen, daß der Radikalismus am 19. November einen Freibrief für eine verhängnisvolle Politik erhält.

■

Helfen Sie mit, die Entscheidungsschlacht für die deutsche Demokratie zu gewinnen!

■

Jede Spende ist willkommen, auch die kleinste!

■

Schatzmeister der
Bürgerinitiative Aktion der Mitte
Dr. Bieroth, Ministerialdirigent a. D.
Bonn, Neustraße 21

Wir erbitten Ihre Spende auf das Konto 0713495 der Deutschen Bank, Filiale Bonn.

Rheinische Post, 27. Oktober 1972

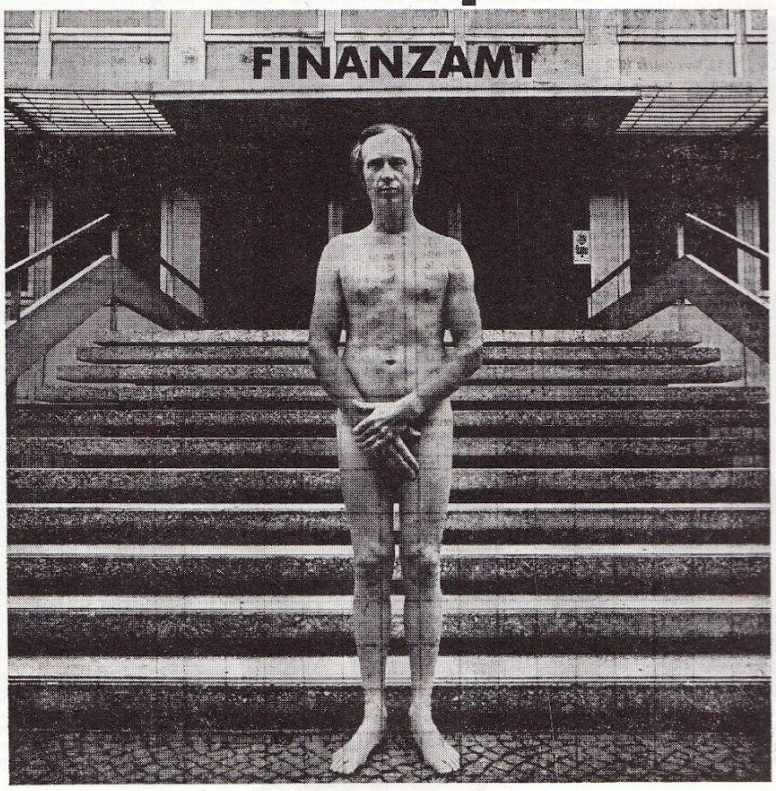
66

Dok. 11. 5.8.4
Erschienen am 17./18. November
Format: 30%
Kosten: 180.000 DM

Anzeige

BILD-ZEITUNG 18. Nov. 1972

Der deutsche Michel im SPD-Steuerparadies.



Ganz gleich, ob Arbeiter, Angestellter, Freiberufler oder Unternehmer: für den Deutschen ist das Steuerparadies weiter entfernt als je zuvor. Und wenn es nach den maßgebenden SPD-Führern und den Jusos geht, werden die Steuer-Mehrbelastungen bis zur Unerträglichkeit gesteigert.

- Erhöhte Steuern für Tabakwaren, Spirituosen und Kraftstoff.
- Vier Monate im Jahr arbeiten wir schon jetzt für Steuern und Sozialausgaben.
- Die deutsche Wirtschaft ist schon jetzt eine der höchstbesteuerten in Europa.
- Selbständige werden schon jetzt so besteuert, daß ihnen die Lust an der Selbständigkeit vergeht.

Nun will die SPD – voran wie immer die Jusos – noch mehr Steuern aus uns herausholen. Etwa um den Staat sozialer zu machen? Nein: über die Steuerschraube werden die Betriebe enteignet, verstaatlicht – „sozialisiert"!

Und die FDP? Sie bremst diese rasante Fahrt in den Sozialismus nicht. Die wenigen Besonnenen in ihr sind zu schwach.

Der SPD ins rote Stammbuch geschrieben:

1. Durch Steuern ausblutende Unternehmen können nicht mehr investieren, nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Arbeitsplätze sind gefährdet. Neue können nicht finanziert werden.
2. Der Staat soll, nach SPD und Juso-Plänen, die sozialisierten Betriebe schlucken. Dieser Staat als Unternehmer? Sollen zu den Milliardendefiziten von Bahn und Post neue unübersehbare Schuldenberge hinzukommen, die doch wieder wir alle bezahlen müssen?



Steuer-Notgemeinschaft,
53 Bonn, Schumannstraße 14

Wir fragen: Wo geht es den Menschen besser? Wo die Wirtschaft frei planen, produzieren und verkaufen darf – wie jetzt noch bei uns? Oder in den sozialistischen Ländern, wo eine Partei und ihre Funktionäre die Wirtschaft dirigieren?

Informations-Gutschein.

Wenn Sie mehr wissen wollen über das Thema „Enteignung durch Steuern" und was damit auf Sie zukommt, schreiben Sie an die Studiengesellschaft für Eigentumsfragen e.V.,
53 Bonn, Schumannstraße 14.

Wir senden Ihnen aus einer begrenzten Auflage gern ein Exemplar zu.
Absender:

Name _____

Adresse _____

_____

78

Dok. II. 5.1o.3
Erschienen am 18. November
Format: 1/1
Kosten: 5o.ooo DM

Neue Hannoversche Presse
18. Nov. 1972

50.000

3 Jahre Brand(t) sind genug!



Morgen geht es um Ihre Zukunft und um unser Land.

Um ein Leben in Freiheit.

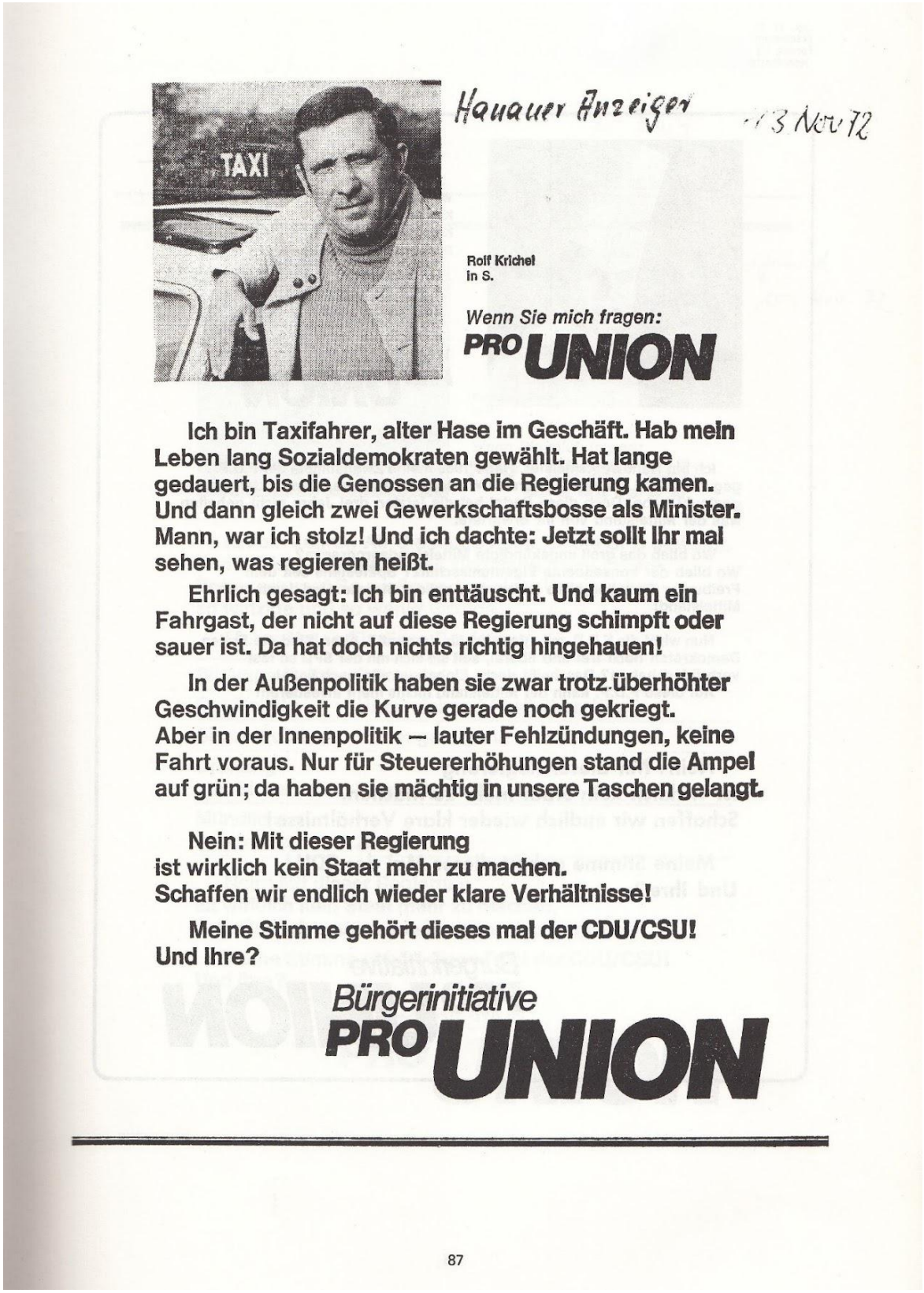
Oder in staatlicher Bevormundung und sozialistischer Verplanung.

Deswegen geben Sie die Erststimme der CDU und auch die Zweitstimme der Freiheit.

Wählerinitiative der Realisten

3 Hannover, Gelbelstraße 54

83



Hanauer Anzeiger 13 Nov 72

Rolf Krichel
in S.

Wenn Sie mich fragen:

PRO UNION

Ich bin Taxifahrer, alter Hase im Geschäft. Hab mein Leben lang Sozialdemokraten gewählt. Hat lange gedauert, bis die Genossen an die Regierung kamen. Und dann gleich zwei Gewerkschaftsbosse als Minister. Mann, war ich stolz! Und ich dachte: Jetzt sollt Ihr mal sehen, was regieren heißt.

Ehrlich gesagt: Ich bin enttäuscht. Und kaum ein Fahrgast, der nicht auf diese Regierung schimpft oder sauer ist. Da hat doch nichts richtig hingehauen!

In der Außenpolitik haben sie zwar trotz überhöhter Geschwindigkeit die Kurve gerade noch gekriegt. Aber in der Innenpolitik — lauter Fehlzündungen, keine Fahrt voraus. Nur für Steuererhöhungen stand die Ampel auf grün; da haben sie mächtig in unsere Taschen gelangt.

Nein: Mit dieser Regierung ist wirklich kein Staat mehr zu machen. Schaffen wir endlich wieder klare Verhältnisse!

Meine Stimme gehört dieses mal der CDU/CSU! Und Ihre?

Bürgerinitiative

PRO UNION

87

Dok. II. 5.12a.1
Erschienen am 8./1o./11./12./13. November
Format: 1/4
Kosten: 323.ooo DM

2-3a4 Rheinische Post, 8. Nov. 72

FREIHEIT WÄHLEN!

Noch 12 Tage bis zur Entscheidung um Deutschland

FDP
die überflüssige Partei

Die FDP hat sich zur bedingungslosen Koalition mit den Sozialisten verpflichtet. Sie fordert mehr Ministerposten, stellt sonst aber keine Bedingungen.

Eine Partei, die sich ohne Alternativen dem stärkeren Partner, den Sozialisten, unterwirft, noch ehe der Wähler seine Entscheidung getroffen hat, ist überflüssig.

Diese FDP, die sich nur noch ihrer Bremsertätigkeit rühmt, kann den Marsch in den Sozialismus nicht aufhalten. Den Marsch ins sozialistische Abenteuer, das mit schmeichelnder Sozial-Romantik beginnt und in Menschenverfolgung und Unterdrückung endet.

Die Scheel/Genscher-FDP warf die altliberalen Traditionen von Reinhold Maier und Theodor Heuss bedenkenlos über Bord. Sie schwimmt im Schlepptau der SPD.

Diese FDP hat sich selbst parlamentarisch für unmündig erklärt!

Altliberale, unsichere Frauen, geduldige Mittelständler, unentschiedene Erstwähler — machen Sie sich nichts vor:

- **Diese FDP ist überflüssig!**
- **Diese FDP hat durch ihr Angebot, bedingungslos mit der SPD zusammenzugehen, schon jetzt vor dem Sozialismus, den sie angeblich verhindern will, kapituliert.**

Am 19. November gibt es nur eine Wahl: zwischen CDU und SPD — zwischen Freiheit und Sozialismus.

CDU/CSU

auch Liberalen bleibt diesmal keine andere Wahl.

Wählerinitiative freiheitlich gesinnter Staatsbürger in der Vereinigung zur Förderung der politischen Willensbildung
874 Bad Neustadt/S., Postfach 1673

96

Dok. II. 5.12a.4
Erschienen am 11./19. November
Format: 1/1
Kosten: 40.000 DM

DIE WELT 2-3a 4
11. Nov. 1972

ANZEIGE

Sicherheit auch für unsere jüdischen Mitbürger



Das Bild, das wir alle nicht vergessen können

14. März 1960 im Waldorf Astoria Hotel in New York: Adenauer und Ben Gurion legen den Grundstein zur Aussöhnung zwischen Deutschland und Israel.

Ohne langes Zögern gab die Bundesrepublik die drei arabischen Mörder frei, die an dem Massaker gegen israelische Sportler im Münchner Olympiadorf beteiligt waren. Ungesühnt blieb der Brandanschlag gegen das jüdische Altersheim in München.
Wir klagen nicht an.
Aber wir beklagen: Kein Wort fand Kanzler W. Brandt vor drei Jahren in seiner Regierungserklärung über Israel. Kein Wort über die besonderen Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber Israel, die Konrad Adenauer einst Ben Gurion zusicherte.
Über zwanzig Jahre hat die CDU /CSU die Friedenspolitik Adenauers konsequent durchgeführt. Die Regierung Brandt/Scheel hat diese Politik der Aussöhnung und Verständigung mit Israel vernachlässigt.
Wir wünschen, daß in Zukunft auch dieses Vermächtnis Dr. Adenauers erfüllt wird: Frieden und Freundschaft mit Israel. Schutz auch für unsere jüdischen Mitbürger durch mehr innere Sicherheit in diesem Land, das zum Neben-Kriegsschauplatz arabischer Terroristen wurde, die mit deutschen radikalen Gruppen der Linken eng zusammenarbeiten.
Helfen Sie, die Voraussetzungen für Sicherheit und Frieden für alle zu schaffen: Wählen Sie am 19. November

CDU/CSU.

Wählerinitiative freiheitlich gesinnter Staatsbürger in der Vereinigung zur Förderung der politischen Willensbildung
674 Bad Neustadt/S., Postfach 1673

99

Dok. 11. 5.12a.7
Erschienen am 14. November
Format: 1/4
Kosten: 150.000 DM

2-3a4

BILD-ZEITUNG
14. Nov. 1972

Anzeige

FREIHEIT WÄHLEN!

Noch 5 Tage bis zur Entscheidung um Deutschland

Sind die Amerikaner dümmer?

Mit riesengroßer Mehrheit hat das amerikanische Volk den Republikaner Nixon wieder zum Präsidenten gewählt. Den Chef der Partei, die — wie bei uns CDU/CSU — von den internationalen Linken als „Partei der Reichen“ diffamiert wurde.

Nixon, ein Konservativer, versprach keinen Sozialkrieg, sondern Frieden, Freiheit, Inflationsstopp, Vermögenssicherung, militärische Abwehrbereitschaft, Schutz der Familien vor Kriminellen und Radikalen, Erhaltung der freien Wirtschaft.

■ **Das Volk folgte ihm. Sind die Amerikaner nun dumm, unmodern, weniger fortschrittlich?**

Die Mehrheit der Neger, Arbeiter, Rentner, der sogenannten „Unterprivilegierten“, denen Nixon-Gegner McGovern auf Kosten der Tüchtigen „bessere Lebensqualität“ versprochen hatte, erteilte dem linksorientierten Demokraten McGovern eine Absage. **Seine demagogischen Sozialforderungen schreckten die Wähler in allen Schichten des Volkes.**

■ **W. Brandt, der „McGovern der Bundesrepublik“, geht in seinen sozialradikalen Forderungen (Klassenkampf, Sozialisierung von Betrieben, Steuerstrafen gegen Erfolgreiche) noch über die politischen Drohungen seines US-Vorbildes hinaus.**

Werden die Deutschen ihn trotzdem wählen? Sind sie politisch kurzsichtiger als rund 70 Millionen Amerikaner, die durch ihre Stimmen dafür sorgten, daß ihr Land **auf lange Sicht friedens- und krisensicher bleibt?**

Sicher leben können wir nur in Freundschaft mit dem freien Amerika, mit der Supermacht USA. Nur sie und die Sowjetunion bestimmen über den Weltfrieden — und nicht ein einzelner Sozialist am Rhein, der sich von seiner Partei zum Schiedsrichter der Weltpolitik emporheben läßt.

Freiheit wählen!

Am 19. November CDU/CSU. Es gibt keinen anderen Weg, wenn wir an der Seite der freien Welt bleiben wollen.

Wählerinitiative freiheitlich gesinnter Staatsbürger in der Vereinigung zur Förderung der politischen Willensbildung
874 Bad Neustadt/S., Postfach 1673

102

Dok. 11. 5.12a. 9
Erschienen am 14. /15. /17. November
Format: 1/2
Kosten: 100.000 DM

Anzeige

Aufrührer Mahler und Schützling Brandt



Student Peter Willy Brandt im Mai 1968 mit dem von seinem Vater bestellten Anwalt Horst Mahler

Millionen sind voller Entsetzen über die gewaltsame Befreiung der drei arabischen Terroristen, Mörder der israelischen Olympia-Sportler.

Aber einer, Apo-Anwalt Mahler, jetzt in Berlin als Bankräuber und politischer Bandenchef angeklagt, lobt die Mörder: „Die Kommandoaktion des Schwarzen September gegen die israelische Olympia-Mannschaft ist vollendeter Ausdruck der strategischen Linie. Wenn die Genossen einen Fehler gemacht haben, dann den, daß sie nicht Genscher als Geisel genommen haben".

Mahler weiter: „Die palästinensischen Kommandos werden ihre Aktionen auf deutschem Boden fortsetzen". Sie taten es!

Mahler ist schon lange Freund von Gesetzesbrechern.

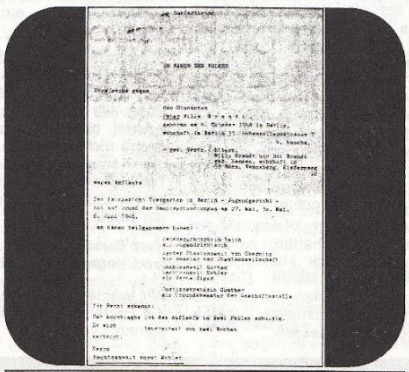
1968 verteidigte er den Studenten Peter Willy Brandt, der wegen Teilnahme an den Berliner Osterunruhen angeklagt war. Willy Brandt, heute Bundeskanzler, hatte Mahler für seinen Sohn zum Anwalt bestellt.

Man kann Eltern nicht für den politischen Radikalismus ihrer Kinder verantwortlich machen. Aber Eltern sind verantwortlich dafür, wen sie ihren Kindern als Rechtsbeistand geben.

Willy Brandt wählte dafür einen Mann, der damals schon Symbolfigur der radikalen Linken war. Drahtzieher der Studentenunruhen in Berlin. Ein Mann, der allen Deutschen drohte: „Wir wollen keine Agitation mit friedlichen Mitteln!"

Wie paßt das alles unter einen Kanzler-Hut? Führer einer Volkspartei, Verfechter der bürgerlichen Mitte und der inneren Sicherheit — auf der anderen Seite Auftraggeber und Honorarzahler für einen heute des Bankraubes und der Verschwörung gegen den Staat angeklagten Umstürzlers.

Recht, Freiheit und Ordnung erfordern den ganzen Mann. Er darf nicht kokettieren mit den Feinden des Rechts — mit den politisch Radikalen.



Wahlentscheidend freiheitlich gesinnter Staatsbürger in der Vereinigung zur Förderung der politischen Willensbildung e.V. 8 Bad Reichenhall 1, Postfach 1671

104



Dok. 11. 5.23
Erschienen am 15. November
Format: 1/2
Kosten: 63.000 DM

BILD-ZEITUNG
15. Nov. 1972
63.000
Anzeige

Werden Sie Deutschland umbenennen, Herr Bundeskanzler?

„Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land", sagt Brandt auf seinen SPD-Plakaten.

Wir fragen: Auf welches „Land", Herr Bundeskanzler?

Für Sie und Ihre Genossen ist
- Ostdeutschland heute Polen
- Mitteldeutschland „Die Deutsche Demokratische Republik"
- West-Berlin (nach Egon Bahr) ein „Phänomen".

Der „Grundvertrag" nennt „Deutschland" nicht mehr.

Gestern war für den Parteivorsitzenden und Außenminister W. Brandt Verzicht = Verrat und Erfüllungspolitik = Selbstmord des Volkes.

Heute läßt der Kanzler Brandt
- aus gesamtdeutschen = innerdeutsche
- aus innerdeutschen = zweistaatliche Beziehungen;
- aus den zwei Staaten in **Deutschland** = zwei deutsche Staaten in der UNO werden und duldet, daß der gesamte Ostblock die Bundesrepublik Deutschland, die nach unserer Verfassung für das ganze Deutschland steht, nur noch die **Westdeutsche Bundesrepublik** nennt.

Auf Seite 63/64 des Buches „Ostpolitik im Kreuzfeuer" (Seewald-Verlag) steht es schwarz auf weiß, daß 1967/68 im Auftrag des deutschen Außenministers Brandt Sonderbotschafter Egon Bahr und einige Genossen bei Verhandlungen in Rom und München mit der Kommunistischen Partei Italiens **hinter dem Rücken des Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger** alle Forderungen Ost-Berlins (Anerkennung aller Grenzen in Europa, Anerkennung der sogenannten DDR, Wiederzulassung der DKP) akzeptierten.

Wann endlich werden Sie sich dazu äußern?

Denn zur gleichen Zeit – September 1968 – stimmte die SPD-Fraktion einer Entschließung des Bundestages zu: „Die Anerkennung des anderen Teils Deutschlands als zweiter souveräner Staat deutscher Nation kommt nicht in Betracht."

(Schluß mit dem Kanzler,)

der ein gestörtes Verhältnis zu unserer Geschichte, zu Deutschland, zu Recht und Freiheit hat.

(Schluß mit Parteien,)

die das Erbe ihrer Gründer Kurt Schumacher, Ernst Reuter, Fritz Erler, eines Theodor Heuss und Reinhold Maier verraten haben.

(Deutschland lebt!)

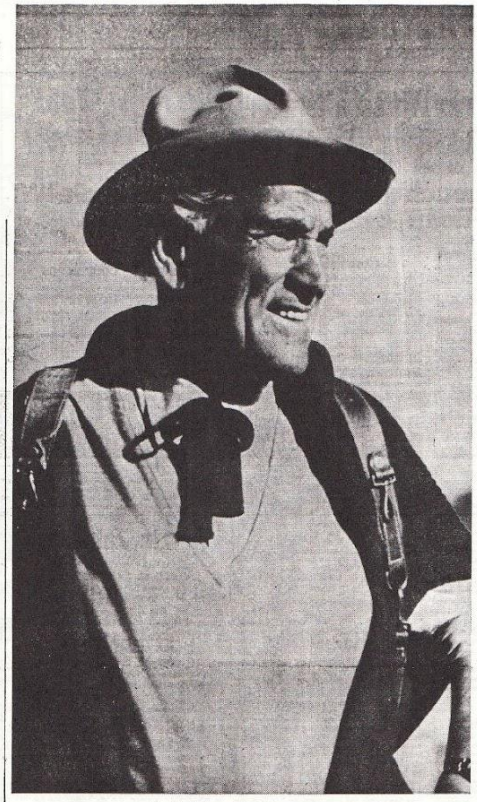
Denken! Wählen! Richtig entscheiden wie Amerika!

Wähler-Initiative: Patriotische Mitte, Hamburg 13, Postfach 8047

121

Dok. 11. 5.17
Erschienen am 9./10./11./13./16./17. November
Format: 1/2 bzw. 1/1
Kosten: 620.000 DM

Stuttgarter Zeitung 11.11.72 18.000



Luis Trenker sagt seine Meinung:

Erst die Inflation – dann der große Kater

Im Oktober wurde er 80, doch jeder 40-jährige kann ihn um seine Konstitution beneiden. Der Diplom-Architekt, Regisseur, Filmstar und Autor vieler Bücher erklärte in einem Gespräch mit dem Münchner Journalisten Wilfried Ahrens, was er über Deutschland und die Deutschen denkt.

Dies ist eine Mitteilung des Verlags für Öffentlichkeitsarbeit in Wirtschaft und Politik, W. Ahrens, 8 München 80, Kufsteiner Straße 8, Telefon 08 11 / 98 83 47.

Die Deutschen und die Inflation:

Die Deutschen in der Bundesrepublik sind bequem geworden. Es geht ihnen zu gut, sie haben alles, sie fliegen nach Südost-Asien, nach Afrika und Teneriffa. Bequemlichkeit ist das oberste Gesetz geworden und da kommt ihnen Bundeskanzler Brandt entgegen, indem er sagt: »Macht ihr nur weiter so, regt euch über die Inflation nicht auf, Hauptsache es geht euch gut.« Das halte ich für gefährlich, so redet man mit Kindern, wenn man sie beruhigen will, und die Kinder sehen die Gefahr nicht. Die Inflation ist heute bequem – morgen kommt die Rechnung dafür. Wenn man sagt: »Kinder es geht Euch gut so«, sollte man gleichzeitig sagen: »Morgen kommt der Kater – ganz bestimmt.«

»Überläufer« und »Korruption«:

Wenn ich Abgeordneter bin und mir gefällt die Entwicklung der Partei, der ich angehöre, nicht mehr, dann sage ich das und mache nicht mehr mit. Ich habe doch das Recht zu sagen, ich gehe, wenn das Programm einer anderen Partei meinen Zielen eher entspricht. Das Grundgesetz gibt doch gerade aus diesem Grunde den Bundestagsabgeordneten die Freiheit zu tun und zu sagen, was sie für recht und richtig halten. Es ist sogar die Pflicht der Abgeordneten, ihrem Gewissen zu folgen, das verlangt der Anstand von ihnen. Und wenn Brandt jetzt mitten im Wahlkampf sagt: »Korruption«, dann finde ich das gelinde ausgedrückt nicht sehr fair von diesem Mann. Ein Kanzler kann doch eine Gruppe von Leuten nicht pauschal als korrupt hinstellen. Das geht doch zu weit.

Die Jungsozialisten und Kanzler Brandt:

Da faßt man sich doch an den Kopf, wenn man diese jungen Spinner hört, die Jusos und wie sie alle heißen oder sich nennen mit ihren Propagandaparolen wie »Profitgier der Unternehmer«, »Konsumterror«, »Leistungszwang«. Denen ist es gut gegangen in der Jugend, wenn die das mitgemacht hätten, was ihre Väter mitgemacht haben beim Wiederaufbau ihres Landes – kein Volk in der Welt hätte das geschafft, was die Deutschen da geleistet haben. Und jetzt, wo mit einer gewissen Ruhe weiter aufgebaut werden kann, da wollen die Jusos alles über den Haufen rennen. Kennen die nicht die Zustände drüben im Osten? Die linken Anführer dieser jungen Generation wollen aus der Bundesrepublik einen sozialistischen Staat machen! Hier kann man doch Brandt und seinen Sozialdemokraten nicht den Vorwurf ersparen, sie ließen alles treiben. Der Bundeskanzler läßt die Linksradikalen gewähren und sagt nichts. Er ist immer der gute Papa, der nette, freundliche Herr. Jetzt, vor den Wahlen, sind die Jungsozialisten relativ kreuzbrave Leute. Sie wissen, bei Brandt sind sie gut untergebracht. Man hat ihnen wohl gesagt, seid still, seid brav, haltet den Mund, nachher, wenn wir die Wahl erst gewonnen haben, kriegt ihr jede Unterstützung.

Friedensnobelpreis und Ostpolitik:

Wofür hat Brandt diesen Nobelpreis eigentlich gekriegt, frage ich mich. Er habe »den Frieden sicherer gemacht«, sagt er – das soll er doch erst mal beweisen. Will er denn behaupten, eine andere Regierung unter Barzel, Schröder und Strauß hätte den Frieden unsicherer gemacht! Es hat sich doch gar nichts geändert: an der Zonengrenze bauen die jetzt Selbstschußautomaten ein, damit ja keiner lebend aus diesem Arbeiterparadies fliehen kann. Und: Warum haben die Russen denn 3,5 Millionen Soldaten, die größte Militärmaschinerie, die es in der Welt in Friedenszeiten je gegeben hat? Ein anderer Nobelpreisträger, der russische Schriftsteller Alexander Solschenizyn hat geschrieben: »Der Preis für Feigheit kann nur das Böse sein.« Ich frage mich, warum die Bundesregierung diese Ostpolitik überhaupt so hastig betrieben hat. Aus Eitelkeit vielleicht, sie wollten beweisen, daß Brandt genauso ein großer Staatsmann sei wie Adenauer es war, und vermutlich aus einem Gefühl der Verwandtschaft mit den Kommunisten heraus, einer verwandten Grundeinstellung – eine Grundhaltung, die Brandt und seine Partner ganz offensichtlich dazu gebracht haben, den Leuten in Moskau gegenüber entgegenkommender zu sein, den Sowjets alles ohne entsprechende Gegenleistung zu schenken, was sie immer wieder gefordert haben. Demokratie und Sozialismus sind Elemente, die sich so vertragen wie Feuer und Wasser.

Sozialisten und Kommunisten:

Sozialisten und Kommunisten beflügelt doch das gleiche Motiv: Der Neid gegenüber dem Begabteren, dem Begüterteren. Immer nach dem Motto: Der, der wenig hat, will mehr haben. Der, der nichts hat, will alles haben. Lassen Sie mich eine Geschichte aus Bologna erzählen. Sie wissen, daß in dieser italienischen Stadt die Kommunisten praktisch seit Kriegsende an der Regierung sind. In Bologna stellte sich einmal ein Parteisekretär vor eine Versammlung braver Genossen und fragte:
»Versteht Ihr, was der Kommunismus ist?«
Da rufen alle: »Ja, Genosse Sekretär.«
»Ich will es euch noch klarer machen, als ihr es schon wißt«, fuhr der Sekretär fort und zeigte auf einen Genossen in der ersten Reihe: »Was tätest du da zum Beispiel, wenn dir das Haus gehörte gegenüber, der Palazzo, diese große Villa? Was würdest du dann tun?«
Und der Genosse antwortete: »Ich würde es der Partei schenken.«
»Brav, großartig«, lobte der Sekretär, »du schenkst den Palazzo der Partei, und die Partei würde ihn verwalten. Und du, du da hinten, was würdest du tun, wenn du das Gartenhaus auf der anderen Straßenseite hättest?«
Der zweite Genosse antwortete: »Ich würde es selbstverständlich der Partei schenken.«
Wieder lobt der Sekretär: »Ausgezeichnet, denn ein guter Kommunist ist gegen das Privateigentum. Machen wir es noch einmal ganz deutlich. Und jetzt frage ich dich, Genosse«, und der KP-Sekretär zeigte auf einen dritten. »Was würdest du tun, wenn du ein Fahrrad hättest?«
Da sagte der Mann: »Behalten würde ich es!«
»Aber wieso denn?« fragte erstaunt der Sekretär.
Und der Genosse antwortete: »Ich habe nämlich wirklich eins.«

116

Dok. II. 5.24
Erschienen am 16./17./18. November
Format: 1/1
Kosten: 450.000 DM

Handelsblatt 2-3a4
16. Nov. 1972

Die sachliche Wahlanzeige

Vor keiner Bundestagswahl waren die Bürger so unentschieden wie diesmal. Aber gerade jetzt geht es um unser aller Schicksal. Deshalb ist es lebenswichtig, nicht nur Personen und nicht aus Tradition zu wählen. Es kommt allein auf die Leistung der künftigen Regierung an!

Nicht in der Außenpolitik, denn die Bundesrepublik spielt in der Welt nicht die erste Rolle. Sondern in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die für die Stabilität der Währung, der Preise und der Arbeitsplätze sorgt. Und die jeden Bürger unmittelbar angeht, die jede Hausfrau täglich spürt. Hier — und nicht in der Außenpolitik — wird über unsere Zukunft und über die Qualität unseres Lebens entschieden.

Was ist in diesem Bereich in den letzten drei Jahren geschehen? Seit Willy Brandt im Herbst 1969 Bundeskanzler wurde, haben sechs von neun Ministern und Staatssekretären im Wirtschafts- und Finanzbereich ihre Ämter niedergelegt. Das sind 66 Prozent. Diese Flucht aus der Verantwortung wäre in jedem Betrieb eine Katastrophe. Sie ist es erst recht in der Politik. Männer wie Karl Schiller, Alex Möller, die Staatssekretäre Arndt, Haller, Philip Rosenthal und Schöllhorn wollten nicht mehr mitmachen, weil sie die Verantwortung für diese Entwicklung ablehnen mußten:

Die Lebenshaltung ist vom September 1969 bis September 1972 um 16,8% teurer geworden. Die Mieten haben sich um 17% erhöht, Elektrizität, Gas und Brennstoffe wurden um 23% teurer, die Baupreise sogar um 36,4%. Und auch für Dienstleistungen und Reparaturen müssen 21% mehr bezahlt werden. Jeder kann sich ausrechnen, was das für seinen Bausparvertrag bedeutet. Nicht viel besser sind die Besitzer von Sparbüchern dran: Die Inflationsrate war teilweise höher als der Zinssatz.

Eine derartige Summe von Unvernunft hat auch die FDP nicht verhindert. Deshalb sind beide Parteien der Regierung Brandt/Scheel jetzt nicht wählbar.

Die Bundesrepublik braucht wieder eine Regierungsmannschaft, die uns die Stabilität der Preise, der Währung und der Arbeitsplätze sichert. Brandt und Scheel haben bewiesen, daß sie das nicht können.

Aus dem Ausland eine Stimme für viele:

Die „Neue Zürcher Zeitung", ein Blatt von Weltgeltung, am 28. September 1972:

Gescheiterte Regierung Brandt ...

„Als Regierung ist sie gescheitert — es gibt kein anderes Wort dafür."

Zur Fahnenflucht der Regierungsmitglieder: „Das ist ein Abnutzungsprozeß ungewöhnlichen Ausmaßes und Tempos."

Zur Ostpolitik: „Der Drang 'etwas Tapferes' und geradezu Historisches zu tun, überrollte die Vorsicht."

Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik: „... produzierte wenig von den optimistisch angekündigten Reformen, sondern schließlich den Eindruck eines recht forschen Haushaltgebarens im Sinne von 'Après nous le déluge'." (Nach uns die Sintflut)

Zur Wahl: „Die deutschen Wähler werden dabei kaum unter sich bleiben. Die sowjetische Politik, die so sichtbar und konstant ihr Interesse an der gegenwärtigen Regierungskonstellation in Bonn zum Ausdruck gebracht hat, wird es sich wohl nicht versagen, wie schon das letztemal ihr Gewicht in dieser inneren Auseinandersetzung zur Geltung zu bringen."

Gemeinschaft für demokratisches Bewußtsein

Verantwortlich: Günter Graf, 7531 Sielsegg, Hauptstraße 19

122


Dok. II. 5.26b
Erschienen am 18./19. November
Format: 1/2 bzw. 1/4
Kosten: 29.000 DM

BILD-ZEITUNG
18. Nov. 1972
Anzeige

Lieber
Rainer
Barzel
als

Reiner Korn Brandt

Aktion
NÜCHTERNE
BÜRGER

In der Gesellschaft für konstruktive Politik
6982 Amorbach/Odenwald, Friedlach 1

125